

Die Welt ist veränderbar!

100 Jahre Novemberrevolution in Braunschweig – ein Anlass für den DGB Braunschweig, sich mit den Ereignissen, die 1918 in Deutschland zu gravierenden Veränderungen der politischen Verhältnisse geführt haben, auseinanderzusetzen.

Der DGB erinnert daran, dass es vor 100 Jahren vor allem Arbeiter und Arbeiterinnen waren, die als Subjekt der Geschichte hervortraten. Sie legten das Fundament für die erste Demokratie in Deutschland. Wie kam es zu dieser Revolution? Was ist daraus geworden? Was hat sie mit unserem heutigen Demokratieverständnis zu tun?

Der DGB Braunschweig hat dazu geforscht und verschiedene Programmelemente entwickelt:

- Eine mobile Ausstellung „Baustelle Demokratie. 100 Jahre Novemberrevolution Braunschweig“, die insbesondere den Braunschweiger Schulen und Betrieben angeboten wird.
- Einen Stadtpaziergang „Auf den Spuren...“, beginnend am ehemaligen Braunschweiger Bahnhof auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz, vorbei an der Hauptpost und dem Polizeipräsidium in der Münzstraße zum damaligen Treffpunkt für Streiks und Demonstrationen: dem Hagenmarkt. Endpunkt, wie vor 100 Jahren, werden die beiden „Schlösser“, das herzogliche und das „Rote Schloss“ sein. Die beiden Orte des Machtwechsels vom Adel zur Demokratie.
- Eine dialogorientierte Vortragsreihe, in der die Braunschweiger Ereignisse dargestellt werden, in der die Modelle des Räte- und des Parlamentarismussystems verdeutlicht werden, sowie das Erbe der Novemberrevolution für die BAUSTELLE DEMOKRATIE benannt wird.
- Eine web-Seite für aktuelle Informationen zum Projekt und vertiefende geschichtliche Hintergründe:
www.novemberrevolutionbraunschweig.de



Das Projekt Baustelle Demokratie. 100 Jahre Novemberrevolution Braunschweig“

wird von den Gewerkschaften in Braunschweig GEW, IGM, NCG, ver.di, der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Braunschweig, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und der Stadt Braunschweig innerhalb des Projektes „Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916–1923)“ gefördert.



Information, Buchung der Ausstellung und der Stadtpaziergänge:
DGB Region Südostniedersachsen
Wilhelmstr. 5, 38100 Braunschweig
braunschweig@dgb.de
Telefon 0531. 480 96 0



Rosa Luxemburg
Stiftung Niedersachsen e.V.



Bildungsvereinigung
ARBEIT UND LEBEN
Niedersachsen

1916
1923

Vom Herzogtum zum Freistaat
BRAUNSCHWEIGS WEG
IN DIE DEMOKRATIE

V.i.S.d.P.: Michael Kleber, Wilhelmstr. 5, 38100 Braunschweig

Foto: DGB Jugend Braunschweig

1916
1923

Vom Herzogtum zum Freistaat
BRAUNSCHWEIGS WEG
IN DIE DEMOKRATIE



BAUSTELLE
DEMOKRATIE
100 JAHRE
NOVEMBER
REVOLUTION
BRAUNSCHWEIG

Gespräch Seminar

Fr 14. Dez

Sa 15. Dez

2018

Nr.3

MIT MARVIN HOPP
UND FRANK DEPPE



Baustelle Demokratie.

100 Jahre Novemberrevolution Braunschweig

14. Dezember 2018

18:00 Uhr

Saal im Gewerkschaftshaus

Novemberrevolution – Was bleibt? Was wird?

Frank Deppe und
Marvin Hopp im Gespräch

15. Dezember 2018

10:00 – 16:00 Uhr

Seminarraum im Gewerkschaftshaus

Seminar zum Gesprächsthema mit Frank Deppe und Marvin Hopp

Der Eintritt für beide Tage ist frei. Für das Seminar am Samstag bitten wir um eine Anmeldung per mail: braunschweig@ddgb.de

Novemberrevolution – Was bleibt? Was wird?

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Novemberrevolution war der Frieden, das Ende des Krieges, das Ende des Massenschlachtens an den festgefahrenen Fronten. Dieses Ende herbeigeführt zu haben, war eine große humanistische Tat. Es bedurfte einer revolutionären Bewegung der Arbeiter und Soldaten, um diese Tat zu vollbringen.

Nachdem die Monarchie beendet und die Regierungsmacht durch die Arbeiter- und Soldatenräte ausgeübt wurde, war es an der Zeit, eine demokratische Verfassung auf den Weg zu bringen.

Neue zentrale Verfassungsprinzipien waren die Volkssouveränität (Artikel 1), die Gewaltenteilung und die Grundrechte, darunter erstmals die staatsbürgerliche und familienrechtliche Gleichstellung der Frauen (Artikel 109, 119).

Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung wurde ausgebaut, der Sozialstaat machte beträchtliche Fortschritte:

- Artikel 159 gewährleistete die Koalitionsfreiheit (das heißt die soziale und wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit) und verlieh damit Gewerkschaften wie Unternehmerverbänden ein verfassungsmäßiges Existenz- und Betätigungsrecht.
- Artikel 161 verankerte das von Bismarck begründete Sozialversicherungswesen in der Verfassung.
- Artikel 163 leitete aus der „sittlichen“ Arbeitspflicht des Einzelnen die Verpflichtung des Staates ab, für den „notwendigen Unterhalt“ derer zu sorgen, denen eine „angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann“. Dies bedeutete einen Verfas-

sungsauftrag zur Einrichtung einer staatlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

- Artikel 146 legte erstmals die noch heute existierende „für alle gemeinsame Grundschule“ als Basis des darauf aufbauenden gegliederten Schulwesens fest – eine bildungspolitische Konstruktion, die zu einer sozialen Gleichheit in der Schulbank führen sollte.

Am 12. November veröffentlichte der Rat der Volksbeauftragten sein demokratisches und soziales Regierungsprogramm. Er hob den Belagerungszustand und die Zensur auf, schaffte die Gesindeordnung ab und führte das allgemeine Wahlrecht ab 20 Jahren, erstmals auch für Frauen, ein. Alle politisch Inhaftierten erhielten Amnestie. Bestimmungen zur Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit wurden erlassen. Auf der Basis des Arbeitsgemeinschaftsabkommens wurde der 8-Stunden-Tag vorgeschrieben.

Die Arbeitgeber garantierten u. a. die Einrichtung von Betriebsräten für jeden Betrieb mit mehr als 50 Arbeitern. Diese sollten ab jetzt gemeinsam mit der Unternehmensleitung die Einhaltung von Tarifverträgen überwachen.

**Wo stehen wir heute, 100 Jahre später?
Ist der Sozialstaat auf einem guten Weg? Sind die Rechte von ArbeitnehmerInnen erweitert worden?
Sind die Mitbestimmungsrechte im Betrieb und in der Gesellschaft bereits ausreichend?**

Wer arbeitet auf der Baustelle Demokratie?